

---

**Vorsitz: Slowenien****888. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 4. Juli 2018

Beginn: 10.00 Uhr  
Unterbrechung: 13.00 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr  
Schluss: 17.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Benedejčič

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: DIE ROLLE VON  
ANTIMINENPROGRAMMEN IN ALLEN PHASEN  
DES KONFLIKTZYKLUS

– *Vortrag von Botschafter T. Lovrenčič, Direktor von ITF Enhancing Human Security*

– *Vortrag von T. Yrjölä, Leiterin des OSZE-Programmbüros in Duschambe*

– *Vortrag von A. Calza Bini, Direktorin des Gender and Mine Action Programme*

– *Präsentation von V. Verba, OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine*

Vorsitz, Botschafter T. Lovrenčič, Leiterin des OSZE-Programmbüro in Duschambe, A. Calza Bini, OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine, Österreich – Europäische Union, Österreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Moldau und der Ukraine) (FSC.DEL/129/18), Vereinigtes Königreich (Anhang 1), Schweiz, Kanada, Ukraine, Tadschikistan

(FSC.DEL/131/18 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika, Armenien,  
Russische Föderation

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Unterrichtung über die Militärübung „Adriatic Strike 2018“, die in Slowenien vom 3. bis 8. Juni 2018 abgehalten wurde:* Slowenien, Vorsitz
- (b) *Unterrichtung über die Militärübung „Wostock 2018“, die in der Russischen Föderation im August und September 2018 abgehalten werden wird:* Russische Föderation, Vorsitz, Vereinigte Staaten von Amerika
- (c) *Feierliche Eröffnung eines Laboratoriums für chemische und thermische Munitionsanalysen im Rahmen des Projekts zur sicherheitstechnischen Aufrüstung von Munitions- und Waffenlagerungsstätten in Bosnien und Herzegowina (SAFE-UP BiH) in der Einrichtung TROM-Doboj (Bosnien und Herzegowina) am 19. Juli 2018:* FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn), Vorsitz
- (d) *Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/132/18 OSCE+), Österreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/130/18), Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation, Polen, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Schweiz, Italien, Slowakei

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Dritte Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten (RevCon3) vom 18. bis 29. Juni 2018 in New York:* Frankreich (Anhang 2), Slowenien
- (b) *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz vom 26. bis 28. Juni 2018:* Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 11. Juli 2018, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

---

**888. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 894, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Zwanzig Jahre nach Verabschiedung des Übereinkommens über das Verbot von Antipersonenminen sind Landminen und explosive Kampfmittelrückstände nach wie vor unterschiedslos wirkende Waffen, die auch lange nach Ende der Kampfhandlungen noch tagtäglich Menschen verstümmeln und töten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir dieses Thema heute erörtern und gegen diese Plage vorgehen.

Das Vereinigte Königreich spielt bei der Bewältigung der tödlichen Hinterlassenschaft von Landminen eine wichtige Rolle. Diese Rolle verkörperte Ihre Königliche Hoheit Diana, Princess of Wales, mit ihren Bemühungen, die Landminen ins Licht der Weltöffentlichkeit zu rücken. Das Vereinigte Königreich gehörte zu den Erstunterzeichnern des Übereinkommens, und wir sind seither zu einem der weltweit führenden Geldgeber für Antiminenprogramme geworden. Doch es bleibt noch viel zu tun.

Das Vereinigte Königreich ist fest davon überzeugt, dass zum Umgang mit dem Problem der Minen und – heute in zunehmendem Maße – der behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen (IEDs) Maßnahmen im Rahmen verschiedener Foren und auf mehreren Ebenen erforderlich sind. Das ist nicht ohne internationale Zusammenarbeit möglich. Daher unterstreicht das Vereinigte Königreich die Bedeutung des Übereinkommens über das Verbot von Antipersonenminen, des Übereinkommens über Streumunition und des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen, bei dem das Vereinigte Königreich 2017 den Vorsitz führte. Das Vereinigte Königreich steht weiterhin voll hinter diesen wichtigen internationalen Abrüstungsinitiativen, die allesamt einen Beitrag zu den Bemühungen um die Umsetzung von Antiminenprogrammen leisten. Erneut fordert es alle Teilnehmerstaaten, die noch nicht Vertragspartei dieser Übereinkommen sind, zum umgehenden Beitritt auf. Je mehr Staaten sich an die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen halten, desto größer wird deren humanitäre Wirkung, und desto mehr Leben werden in den kommenden Jahren gerettet werden.

Das Vereinigte Königreich ist sich über die Bedeutung der Einhaltung seiner eigenen Verpflichtungen im Klaren. Wir widmen uns mit großem Einsatz der Minenräumung des einzigen von Minen betroffenen Teils des Hoheitsgebietes des Vereinigten Königreichs, der Falklandinseln.

Das Vereinigte Königreich bietet weiterhin substanzielle internationale Hilfe, um andere bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Letztes Jahr hat das britische Ministerium für internationale Entwicklung seine Mittel für Antiminenprogramme verdreifacht – wobei es im Zeitraum von drei Jahren mehr als 113 Mio. Euro zur Bewältigung der humanitären und entwicklungsbezogenen Auswirkungen von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen ausgegeben hat, unter anderem im Rahmen von Programmen zur Sensibilisierung von Kindern, die von diesen Waffen in unverhältnismäßig hohem Ausmaß betroffen sind, für deren Gefahren.

Zusätzlich zum *Global Mine Action Programme* des Vereinigten Königreichs unterstützt dessen *Conflict, Stability and Security Fund* auch Antiminenprogramme in aller Welt, etwa in der Ukraine, Georgien und Aserbaidschan. Beispielsweise wurde in Aserbaidschan mit britischer Finanzierung die örtliche Wirtschaftstätigkeit durch die Ermöglichung des Zugangs zu landwirtschaftlichen Nutzflächen unterstützt.

Schließlich verstärkt das Vereinigte Königreich seine Hilfestellung durch die nachdrückliche und tatkräftige Vermittlung von Aussprachen innerhalb der internationalen Gemeinschaft zur Prüfung des weiteren Vorgehens betreffend Antiminenprogramme. Das Vereinigte Königreich durfte im Mai dieses Jahres Gastgeber einer Konferenz sein, bei der die Herausforderungen auf dem Weg zur Verwirklichung der Bestrebungen nach einer minenfreien Welt besprochen und Methoden zu deren Bewältigung sondiert wurden. Diese Aussprachen bauten auf einer Konferenz auf, die das Vereinigte Königreich ein Jahr zuvor zum Thema der Beseitigung von IEDs im Nahen Osten ausgerichtet hatte. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir die künftigen Herausforderungen auch weiter beurteilen und gemeinsam Überlegungen dazu anstellen, wie wir diese Herausforderungen meistern können. Daher begrüßt das Vereinigte Königreich die Resolution 2365 des VN-Sicherheitsrats vom Juni vergangenen Jahres zu Antiminenprogrammen sowie die Resolution 2370 des VN-Sicherheitsrates vom August vergangenen Jahres, die zu strengeren nationalen Maßnahmen zur Vereitelung des einfachen Zugangs von Terroristen zu Waffen und Ausgangsstoffen für Explosivstoffe auffordert.

Abschließend möchte ich das unverbrüchliche Bekenntnis des Vereinigten Königreichs zu Antiminenprogrammen unterstreichen und alle Teilnehmerstaaten nachdrücklich ermutigen, ihre Anstrengungen zu verstärken und uns dabei zu helfen, gemeinsam der Plage Herr zu werden, die Landminen darstellen.

Ich danke Ihnen.

---

**888. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 894, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

Frankreich führte den Vorsitz auf der dritten Konferenz zur Überprüfung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten (RevCon3), die vom 18. bis 29. Juni 2018 am Sitz der Vereinten Nationen in New York stattfand.

Die dritte Überprüfungskonferenz ermöglichte die einstimmige Verabschiedung des Ergebnisdokuments RevCon3, bestehend aus einer politischen Erklärung, einem operativen Aktionsplan für die Umsetzung des Aktionsprogramms zu Kleinwaffen und leichten Waffen und des beigefügten Internationalen Rückverfolgungsinstruments sowie einem Sitzungskalender für die kommenden sechs Jahre.

Frankreich begrüßt die Verabschiedung des Ergebnisdokuments RevCon3 der Konferenz, das dem Kampf gegen den illegalen Handel mit SALW neuen Auftrieb gibt. Es enthält konkrete Maßnahmen in Bereichen, die für die Bekämpfung der vom unerlaubten Handel mit SALW ausgehenden Bedrohung vorrangig sind, insbesondere:

- die Bekämpfung der Umleitung von SALW, die eine große Herausforderung im Kampf gegen deren Verwendung durch terroristische Gruppen und Einzelpersonen darstellt
- die Bekämpfung der unerlaubten Herstellung und des unerlaubten Umbaus von Waffen, auch unter Berücksichtigung der jüngsten technologischen Entwicklungen (3D-Druck)
- die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und Hilfe zur Förderung der konkreten Umsetzung des Aktionsprogramms.

Das Ergebnisdokument enthält auch weitreichende Bestimmungen zu Munition (insbesondere zur Unterstützung der Arbeit im Rahmen der Resolution 72/55 der VN-Generalversammlung) und Gender (Abschnitt II Buchstabe B Absatz 2 betreffend die

Berücksichtigung von Gender in den Bemühungen um die Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW).

Im Rahmen der Beratungen auf der Konferenz fanden auch die Maßnahmen regionaler Organisationen, unter ihnen die OSZE, und innovative Initiativen wie diejenige, die Frankreich und Deutschland auf dem Westbalkan unternommen haben, uneingeschränkte Anerkennung.

Wir begrüßen die Bemühungen aller Delegationen und die Teilnahme der Zivilgesellschaft, die es uns ermöglicht haben, dieses substanzielle Ergebnis zu erzielen, und rufen zur vollständigen Umsetzung der verabschiedeten Schlussfolgerungen auf.